

# Frieden schaffen ohne Waffen

Die Opposition des Herbstes 1989 hatte verschiedene Quellen und Ursprünge. Für die Formen des Protestes und der Organisationen prägend war die *Unabhängige Friedensbewegung* in der DDR. Verweigerung von Wehrdienst und Untertanengeist im Alltag, existenzielle Ängste angesichts einer atomar hochgerüsteten Blockkonfrontation, Sehnsüchte nach einem angstfreien, farbigeren Leben - die Motive und Anlässe waren unterschiedlich und doch ähnlich genug. Der Staat reagierte nervös, für Friedenspolitik war er selbst und allein zuständig. Frieden – ja, aber nur ohne Infragestellung der eigenen Macht. Wer den Dienst mit der Waffe ablehnte, wurde dennoch als „Bausoldat“ zum Militär gezogen. Keinesfalls sollten unter Berufung auf allgemein anerkannte Werte wie Frieden und Glück alternative Entwürfe gesellschaftlicher Existenz ausgeführt werden dürfen.

In der zweiten Hälfte der 80er spielten friedenspolitische Fragen auch für die Opposition eine geringere Rolle. Die weltpolitische Entspannung nach dem Amtsantritt Gorbatschows verringerte manche Ängste. Im Herbst standen andere Befürchtungen und Forderungen vorn. Aber die antimilitaristische Grundhaltung der Bürgerbewegungen war Konsens, wenn auch nicht politisch mächtig. Noch im Sommer 1990 begann mit der irakischen Besetzung Kuweits eine Krise, welche die Normalität von Kriegen nach dem Ende der Blockkonfrontation klarstellen sollte. Als im Januar die „Befreiung Kuweits“ mit massiven Luftschlägen begann, waren die Vertreter aller Gruppen im *Haus der Demokratie* auf der Straße, mit zehntausenden anderen.



Friedenswerkstatt Berlin 1988, Stand des Freundeskreises Totalverweigerer

So eindeutig fiel die folgende Entscheidung nicht aus. Über die Kriege im zerrissenen Jugoslawien zerstritten sich langjährige Weggefährten. Die Pseudoalternative von militärisch-„humanitärem“ Eingreifen und tatenloser Ignoranz prägte die Entwicklung jener Gruppen und Aktivisten, die sich der *Grünen Partei* anschlossen, die ab 1998 den deutschen Außenminister stellen sollte. Dagegen blieb den außerparlamentarischen Gruppen der offene und gezielte Protest: Gegen deutsche Waffenexporte in alle Welt, gegen Bundeswehreinmärsche „Out of area“, gegen die neuen Kriege in Jugoslawien, am Golf, in Afghanistan. 1990 nahm das *Neue Forum* an der Gründung der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* teil. 1993 legte sich die Bürgerbewegung auf dem Bundesforum in Prerow noch einmal auf eine antimilitaristische Position fest.

Im Frühjahr 1999 war die Bundesrepublik zum ersten Mal offizielle Kriegspartei – in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Einige Reste der westdeutschen Friedensbewegung zogen die Konsequenz in einem „Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind – Verweigern sie ihre weitere Beteiligung an diesem Krieg!“ Das *Neue Forum* Berlin sammelte weitere Unterschriften unter das etwas erweiterte Papier: „Desertieren sie! ... Sofortiger Stopp der Bombardements! Menschenwürdige Unterbringung und Arbeiterlaubnis für alle hier lebenden Flüchtlinge“ – und sorgte für eine Veröffentlichung in der taz. Daraufhin trat die Staatsanwaltschaft in Aktion und erhob Anklagen wegen „Aufruf zu



Proteste gegen Einberufungen zur Bundeswehr in Berlin



einer Straftat“. In über 40 Verfahren, teils durch mehrere Instanzen, gab es einige Verurteilungen, mehrere Einstellungen und Freisprüche. Nur in einem Fall allerdings wollte sich der Richter dem Argument anschließen, dass wegen der Völkerrechtswidrigkeit des Angriffs gar keine Straftat vorlag.

Seither ist Kriegführung wieder zu einem scheinbar ganz normalen Mittel von Politik geworden, wobei je nach Opportunität für oder gegen den Gebrauch der Waffen gestimmt wird. So normal ist es geworden, dass sogar der Bundesverteidigungsminister davon spricht, deutsche Soldaten seien im Ausland „gefallen“. Bis heute lagern in Büchel Atomwaffen, und deutsche Piloten trainieren ihren Einsatz. Viele gute Gründe gibt es, dass der *Ostermarsch* gegen das geplante Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner-Heide die größte derartige Demonstration im Lande ist.



Aufruf gegen den Irakkrieg 1991